Traktandum 2A
Verwendung des Bilanzgewinns und Festsetzung der Dividende

Gegenantrag zum Antrag des Verwaltungsrats

- Stephanie Vonarburg, Vizepräsidentin der Mediengewerkschaft syndicom

Im Namen von syndicom-RASK beantragen wir Ablehnung des Antrags des Verwaltungsrats auf Ausschüttung einer Dividende von 4.50 Franken pro Aktie. Der Antrag wird auch vom Berufsverband impressum unterstützt.

Stattdessen beantragen wir die Ausschüttung einer Dividende von 2.25 Franken pro Aktie. Die andere Hälfte des vom Verwaltungsrat für die Dividendenausschüttung vorgesehenen Betrags, in der Summe 23,85 Mio. Franken, soll in den Erhalt von Arbeitsplätzen, in die Gesamtarbeitsverträge und zur Sicherung der Qualität der Informationsmedien von Tamedia investiert werden.

Begründung

- **einerseits verbucht Tamedia für das Jahr 2017 einen Gewinn** von 170 Mio. Franken. In den letzten 10 Jahren waren es kumuliert nahezu 1,5 Mrd. Franken. Die Finanzen sind reichlich vorhanden, um in die Qualität der Informationsmedien und in die Sicherung der Vielfalt zu investieren.

- **anderseits**
  - Tamedia gefährdet die Medienvielfalt mit der Schaffung von Einheitsredaktionen in Zürich für die ganze Deutschschweiz und in Lausanne für die ganze Suisse romande

  - Herr ChristophTonini kündigte vor wenigen Wochen eine Entlassungswelle in den Redaktionen an, weil es zu wenig freiwillige Abgänge gäbe

  - Tamedia trat Ende 2015 aus dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der grafischen Industrie aus. Auch für die JournalistInnen in der Deutschschweiz gibt es immer noch keinen GAV, obwohl Herr Pietro Supino als Präsident des Verbands Schweizer Medien an vorderster Front seinen Einfluss geltend machen könnte und müsste.

  Das kommt einer Geringschätzung des Personals gleich.

- Den permanenten Abbau der letzten Jahre hat das Personal von Tamedia und haben die LeserInnen der Tamedia-Publikationen nicht verdient!

Das Mantel-System, in dem durch die Einheitsredaktion von Zürich aus, ausser den lokalen Themen, die gleichen Inhalte für alle Deutschschweizer Tageszeitungen vom

Berner Oberland über Bern und Zürich bis Winterthur und bald auch Basel verbreitet werden, lässt die notwendige Vielfalt in der Schweizer Medienlandschaft ausdünnen.

Der langfristige Erfolg von Tamedia ist gefährdet, wenn die Qualität der Informationsmedien sinkt und die Angestellten geringgeschätzt und verunsichert werden!

Auch als grösster Aktionär der Schweizerische Depeschenagentur **SDA** trägt Tamedia eine grosse Verantwortung, dass die Nachrichtenagentur auch in Zukunft ihre Rolle für den Service public in den Medien wahrnehmen kann, für die mediale Grundversorgung mit dem verlässlichen, verifizierten, umfassenden Nachrichtenfluss in den drei Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch.

Das ist nicht möglich, wenn ein Viertel der Redaktion der SDA abgebaut wird! Und es ist ein Affront, wenn die Aktionäre der SDA sich gleichzeitig 12 Mio Fr. Dividende auszahlen wollen – rund 3,5 Mio. würde Tamedia kassieren, die diesen Bonus nicht braucht. Für die Zukunft der SDA und des medialen Service public hingegen sind diese 12 Mio. Franken matchentscheidend.

Die Redaktion der SDA wehrte sich mit einem 4-tägigen Streik gegen die von Tamedia mitverursachte Massenentlassung. Mit ihrer Politik gegenüber dem Personal riskiert die Unternehmensleitung, dass es auch bei Tamedia zu grosser Unruhe und einem kollektiven Arbeitskonflikt wie bei der SDA kommen wird.

Um dies zu vermeiden, braucht es von Tamedia her die beantragten Investitionen in das Personal und in die Qualität und die Vielfalt der Medien.

- **Wir glauben an die Zukunft der Qualitätsmedien und Qualitätszeitungen und an die Notwendigkeit eines umfassenden Service public der SDA; dafür wollen wir – gerne auch gemeinsam mit den Medienunternehmen, dieses Ziele teilen – einstehen.**

Doch Qualität braucht Personal und kostet Geld.

Und Geld ist viel vorhanden bei Tamedia, trotz Rückgang der Werbeeinnahmen bei den Printmedien.

Der **Digitalbereich von Tamedia floriert**, wie wir in den Erläuterungen zum Jahresabschluss gehört haben. Das ist erfreulich.
Wir machen darauf aufmerksam
- dass die Zukäufe bei den Digitalplattformen mit den Erträgen aus dem Printbereich finanziert wurden
- und dass viele Erträge dieser Plattformen früher in den Printmedien anfielen (Rubrikinserate für Autos, Stellen, Wohnungen usw.)

Es gibt keinen Grund, diese Erträge des Konzerns Tamedia nicht in die Medien und das Personal zu investieren. Im Gegenteil, es gehört zu Ihrer Verantwortung als grösstes Print- und Online-Medienunternehmen in der Schweiz, auf einen Teil dieser Profite zu verzichten.

Früher nutzten die Verleger die Werbebeinnahmen, um damit gute journalistische Leistungen zu finanzieren. Ein essentieller Grundsatz!

Das muss so bleiben, egal, ob die Werbeeinnahmen im Digital- oder im Printbereich erzielt werden. Werbung ist in einem Medienunternehmen nicht Selbstzweck, Tamedia muss ein Verlagshaus bleiben und kein Gemischtwarenladen werden.

- **In den letzten 10 Jahren (2008-2017) wurden bereits 430 Mio. Franken als Dividenden ausgeschüttet.**
  Profitiert haben davon in erster Linie die Grossaktionäre der Besitzerfamilie

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre:

- Investieren Sie die Gewinne in das Personal und in die Qualität statt dem Unternehmen weitere 47,7 Mio. zu entziehen und **das Unternehmen Tamedia, die Beschäftigten, die Medienqualität** zu schwächen!

Sie, sehr geehrte Damen und Herren, haben es in der Hand, das Steuer herumzureissen:

- stärken Sie das Unternehmen
- zeigen Sie Ihre Wertschätzung für das Personal von Tamedia
- investieren Sie in die Qualität und die Vielfalt der Medien

Wir danken Ihnen für die Zustimmung zu unserem Antrag auf Halbierung der Dividende und die Ablehnung des Antrags des Verwaltungsrats.

Traktandum 5.4
Gesamtsumme der variablen Vergütungen an die Unternehmensleitung

Ablehnung des Antrags des Verwaltungsrats

- Stephanie Vonarburg, Vizepräsidentin der Mediengewerkschaft syndicom

Wir beantragen Ablehnung des Antrags des VR auf Ausschüttung von variablen Vergütungen (Boni) an die Unternehmensleitung

4,7 Mio. Franken sollen die 7 Mitglieder der Unternehmensleitung für 2017 allein an Boni erhalten. Zusammen mit den fixen Entschädigungen und Sozialleistungen wären es 10 Mio. Franken.

Das lehnen wir ab.

Dieses Boni-System ist überrissen und ungesund!

Hohe Boni verleiten Unternehmensleitungen zu überrissenen Sparmassnahmen beim Personal, um noch mehr Gewinn und damit noch höhere Boni zu erzielen.

- in den letzten 10 Jahren bekamen Unternehmensleitung und Verwaltungsrat rund 100 Mio. Franken Fixlohn, Boni und Sozialleistungen
  3/4 davon, also rund 75 Mio. Franken, erhielt allein die Unternehmensleitung.

Eine Unternehmensleitung, die Gesamtarbeitsverträge und die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften und Personalverbänden missachtet, hat mit Sicherheit keine Boni verdient!

Wir danken Ihnen für die Ablehnung des Antrags des Verwaltungsrats auf Ausschüttung einer variablen Entschädigung an die Unternehmensleitung.